

AUTOR*INNENPAPIER

Die EU in einer multipolaren Welt: Für einen starken Euro als globale Leitwährung

Grüne Eckpunkte zur Stärkung der internationalen Rolle des Euro für ein wirtschaftlich und politisch handlungsfähiges Europa

Um Europa in einer multilateralen Welt- und Wirtschaftsordnung ökonomisch und politisch zu stärken, wollen wir den Euro zu einer globalen Leitwährung weiterentwickeln. Ein starker Euro sichert der EU nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Handlungsfähigkeit und Souveränität. Er kann Kosten und Risiken für europäische Unternehmen im internationalen Handel senken und helfen Zinskosten niedrig zu halten. Der Euro hat in den letzten Jahren – auch durch das aktuelle Krisenmanagement der EU-Kommission und der EU-Regierungschef*innen – wieder an internationaler Bedeutung gewonnen, wenngleich er noch immer mit weitem Abstand hinter dem US-Dollar auf Platz 2 rangiert und seine internationale Nutzung noch nicht das Niveau vor 2007/2008 erreicht hat. Damit sich der Euro zu einer globalen Leitwährung weiterentwickeln kann, müssen vier Schritte unternommen werden: Wir wollen die Wirtschafts- und Währungsunion vollenden, damit der Euro krisenfester und stabiler wird. Zudem brauchen wir einen integrierten europäischen Finanzmarkt und wollen dazu die Kapitalmarktunion stärken und die Ausgabe von safe assets durch die EU verstetigen. Darüber hinaus wollen wir den Euro als Standardwährung auf Zukunftsmärkten etablieren, etwa beim Handel mit grünem Wasserstoff. Auch müssen wir uns fit für das digitale Zahlungs-Zeitalter machen und eine moderne digitale Zahlungsinfrastruktur auf EU-Ebene schaffen und einen digitalen Euro einführen. Die Stärkung des Euros hin zu einer globalen Leitwährung ist gleichzeitig ein Schritt in Richtung eines global kooperativen Währungssystems und einer kooperativen und multilateralen Weltwirtschaftsordnung, die letztlich Ziel grüner Politik ist.

Ein starker und stabiler Euro ist ein bedeutender Hebel für eine handlungsfähige Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Eurozone. Die Stärkung der internationalen Rolle des Euros hin zu einer globalen Leitwährung bereitet zudem den Weg zu größerer Handlungsfähigkeit und mehr Souveränität der Europäischen Union.

Die EU in einer multipolaren Weltordnung

Die internationale Ordnung formierte sich bereits vor der Corona-Pandemie zu einem multipolaren Währungssystem. Die USA können – mit dem US-Dollar als Leitwährung – ihre zentrale Rolle im globalen Währungs- und Finanzsystem nutzen, um ihre eigenen geostrategischen und wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen. Auch China bringt sich in Stellung damit der Renminbi in diesem System eine größere Rolle spielt. Darüber hinaus zeigen die Diskussionen rund um Facebooks Diem und andere digitale Finanzinnovationen, dass sich das internationale Währungssystem stark verändert. Aktuell befindet sich der Euro in seiner Bedeutung als globale Währung auf Platz 2, wenngleich mit deutlichem Abstand zum US-Dollar.

In der jüngsten Vergangenheit hat etwa die fragile Situation des Nuklearabkommens mit dem Iran beispielhaft gezeigt, wie leicht die EU in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt werden kann. Das Iran-Abkommen (JCPOA) war ein Erfolg der EU-Außenpolitik, dennoch konnte es nach dem Austritt der USA unter Donald Trump faktisch nicht aufrechterhalten werden, weil die EU die Handelsbeziehung mit dem Iran aufgrund amerikanischer Sekundärsanktionen nicht fortsetzen konnte. Auch China setzt seine Wirtschaftspolitik massiv für geopolitische Interessen ein, zum Beispiel beim Megaprojekt chinesische Seidenstraße, die bis mitten nach Europa reicht. In Zeiten der Geoökonomie muss die EU daher lernen, Wirtschafts-, Währungs- und Außenpolitik strategisch zusammen zu denken.

Ein starker Euro als Voraussetzung für europäische Handlungsfähigkeit

Welchen Stellenwert dem Euro dabei zukommt, zeigt ein Blick zurück: Noch vor wenigen Jahren, auf dem Höhepunkt der Eurokrise, hatten internationale Hedgefonds Milliarden in Stellung gebracht, um auf den Zusammenbruch der europäischen Gemeinschaftswährung zu wetten. Der Euro wurde zum Spielball der Märkte. Heute, in der Corona-Pandemie, einigt sich die Europäische Union auf eine gemeinsame europäische Schuldenaufnahme zur Finanzierung eines 750 Milliarden Euro schweren EU-Wiederaufbauplans. Die EU setzt damit ein deutliches Zeichen, dass sie in Krisenzeiten solidarisch zusammensteht und handlungsfähig ist.

Das wird auch auf den internationalen Kapitalmärkten gesehen: Anlegerinnen und Anleger reißen sich darum, in die von der Kommission begebenen Social Bonds zu investieren. Sie bilden den Auftakt einer Serie von Anleihen, mit denen die EU den europäischen Wiederaufbau finanzieren wird. Damit dürfte die EU sich in den kommenden Jahren zu einer gewichtigen Spielerin auf dem Kapitalmarkt und zur weltweit größten Emittentin von Social und Green Bonds entwickeln. Das versetzt sie in die Lage, in diesem schnell wachsenden Marktsegment hohe ökologische und soziale Standards zu setzen.

Diese Entwicklungen machen deutlich: Um als Europäische Union vom Spielball zur Spielmacherin zu werden, sind ein starker und stabiler Euro und eine gemeinsame europäische Fiskalpolitik unerlässlich. Eine starke internationale Rolle des Euros hin zu einer globalen Leitwährung ist Voraussetzung dafür, im Spiel zwischen den Großmächten USA und China nicht zerrieben zu werden und europäische Werte und Interessen global verteidigen zu können.

Status Quo: Der Euro als regional bedeutendes Zahlungsmittel

In seinem rund zwanzigjährigen Bestehen hat sich der Euro als wichtige internationale Währung etabliert. Allerdings hat seine internationale Nutzung das Niveau vor der globalen Finanzkrise ab 2007/2008 noch nicht wieder erreicht. Er wird als Zahlungsmittel in 19 europäischen Ländern genutzt und dort von 340 Millionen Menschen täglich verwendet. Im Oktober 2020 konnte der Euro den Dollar als weltweit meistgenutztes Zahlungsmittel überholen. Dies ist aber vor allem seiner regionalen Bedeutung als Zahlungsmittel innerhalb der EU geschuldet. Der Euro wird überwiegend in Transaktionen eingesetzt, bei denen zumindest ein Partner europäisch ist. Bleiben die Transaktionen innerhalb der Eurozone außen vor, fällt der Anteil des Euro an den weltweiten Transaktionen mit 38,52 Prozent hinter denen des Dollars mit 41,71 Prozent zurück. Wesentlich deutlicher wird der Abstand, wenn man die Bedeutung des Euro als Währung für die Handelsfinanzierung betrachtet: Hier entfällt auf den Dollar ein

Anteil von rund 85 Prozent gegenüber 7 Prozent für den Euro. Selbst Staaten Europas verwenden untereinander etwa bei Warenkontrakten regelmäßig den US-Dollar, ebenso bei den Importen von Gütern und Dienstleistungen aus Drittländern. Auch als internationale Reservewährung bleibt der Dollar mit knapp 61 Prozent die unangefochtene Nummer 1. Der Euro kommt lediglich auf einen Anteil von 20,5 Prozent. Er steht damit aber als Nummer 2 deutlich vor asiatischen Währungen wie dem japanischen Yen mit einem Anteil von 5,7 Prozent oder dem chinesischen Renminbi mit einem Anteil von 2 Prozent.¹

Voraussetzungen für die Stärkung der internationalen Rolle des Euro

Die Stellung des US-Dollars als globale Leitwährung ist historisch gewachsen und wird sich nicht von heute auf morgen wandeln. Die Entscheidung, welche Währung auf den internationalen Finanzmärkten und im globalen Handel genutzt wird, obliegt letztlich den Marktteilnehmer*innen. Eine Reihe von Faktoren nimmt aber Einfluss auf deren Marktentscheidungen: Neben der Größe und internationalen Verflechtung eines Wirtschaftsraumes ist das Vertrauen in die interne und externe Stabilität für die Attraktivität einer Währung maßgeblich.² Ebenso kann die Politik die Nutzung der eigenen Währung fördern oder behindern.

Damit eine Währung zur Wertaufbewahrung genutzt wird, muss das Leitwährungsland also nicht nur eine bedeutende wirtschaftliche und politische Rolle in der Weltwirtschaft spielen, sondern auch die innere und äußere Wertstabilität der Währung durch stabile Wechselkurse und geringe Inflationsraten sicherstellen sowie einen hohen Grad an makroökonomischer Stabilität besitzen. Darüber hinaus ist für die Attraktivität einer Währung entscheidend, dass sie uneingeschränkt in andere Währungen konvertierbar und in ausreichendem Maße global verfügbar ist, um der weltweiten Liquiditätsnachfrage entsprechen zu können. Daher braucht es offene, tiefe und stabile Finanzmärkte.³

Vier Schritte zum Euro als Leitwährung

Aus diesen Voraussetzungen lassen sich vier Reformschritte für die Währungsunion ableiten, die dazu beitragen können, die globale Rolle des Euros zu stärken und die wirtschaftliche und strategische Souveränität Europas in einer sich wandelnden Weltordnung zu sichern.

1. Stabil und krisenfest: Die Wirtschafts- und Währungsunion vollenden

¹ Vgl. FAZ: „Mit Euro wird mehr bezahlt als mit Dollar“, Online Beitrag von Markus Frühauf vom 19.11.2020: <https://www.faz.net/aktuell/finanzen/waehrungswettlauf-mit-euro-wird-mehr-bezahlt-als-mit-dollar-17060308.html>

² Vgl. Burkhard Balz „Wettbewerb der Währungen – Die Rolle des Euro im internationalen Finanz- und Währungssystem“, Rede vom 04.11.2019: <https://www.bundesbank.de/de/presse/reden/wettbewerb-der-waehrungen-die-rolle-des-euro-im-internationalen-finanz-und-waehrungssystem-813462>

³ Vgl. Wirtschaftsdienst „Der US-Dollar als Leitwährung alternativlos? 98. Jahrgang, 2018, Heft 10, S. 691-710

Die makroökonomische Stabilität der Eurozone ist eine Grundvoraussetzung, um eine Leitwährung werden zu können. Um diese zu erreichen, muss die Eurozone ihre Geburtsfehler, die zu wiederkehrenden Krisen geführt haben, überwinden. Insbesondere darf bei zukünftigen Krisen innerhalb der Eurozone kein Zweifel mehr daran aufkommen, dass die Währungsunion zusammenhalten wird. Zusammenhalt ist die Voraussetzung für das Vertrauen in den Euro als Leitwährung.

Dazu müssen wir die Wirtschafts- und Währungsunion endlich vollenden. Ein zentrales Problem der Währungsunion war und ist, dass die Wirtschafts- und Finanzpolitik mit der Einführung des Euro nicht vereinheitlicht wurde. Vielmehr musste die EZB allein die Hauptlast des Zusammenhalts der Währungsunion tragen. Die Risiken und Nebenwirkungen der expansiven Geldpolitik sind jedoch etwa auf den Immobilienmärkten unübersehbar. Gleichzeitig verlangt die große Verantwortung einer unabhängigen EZB eine gestärkte Rechenschaftspflicht gegenüber dem Europäischen Parlament, ergänzt um die Befassung der nationalen Parlamente. Eine Währungsunion ohne gemeinsame Fiskal-, Wirtschafts-, Haushalts- und Sozialpolitik funktioniert auf Dauer nicht. Es braucht daher weitere Schritte zur wirtschafts- und währungspolitischen Integration und zur Stärkung der demokratischen Kontrolle in der Eurozone.

Ein Baustein hierzu ist die **Schaffung einer dauerhaften Fiskalkapazität**, die stabilisiert, ökonomisch sinnvoll investiert und die mittelfristig ein Finanzvolumen von mindestens einem Prozent der europäischen Wirtschaftskraft pro Jahr umfasst. Der COVID-Aufbaufonds Next Generation EU war dafür ein wichtiger und historischer Schritt und hat gezeigt: Die EU kann geeint agieren, Solidarität üben und die gemeinsame Zukunft gestalten, wenn der politische Wille da ist. Wir wollen eine dauerhafte Fiskalkapazität einrichten, die Europa mit Zukunftsinvestitionen wirtschaftlich stärkt und sozial wie ökologisch transformiert. Nur so können wir uns gegen künftige Krisen wappnen und müssen nicht jedes Mal neu im Notfallmodus Hilfspakete schnüren.

Zur Finanzierung der dauerhaften Fiskalkapazität sollte neben einer Stärkung der EU-Eigenmittel auch weiterhin die **Ausgabe gemeinsamer europäischer Bonds** - wie bei Next Generation EU – möglich sein und verstetigt werden. Die **Erschließung eigener Einnahmequellen** auf EU-Ebene, etwa über eine Plastiksteuer, eine Digitalkonzernsteuer, eine Finanztransaktionssteuer, eine gemeinsame Unternehmenssteuer oder den Kampf gegen aggressive Steuervermeidung, stärkt die Handlungsfähigkeit und Unabhängigkeit der EU. Eine Finanzierung über grüne Anleihen, die den Europäischen Green Bond Standard erfüllen, stellt sicher, dass Investitionen einen wesentlichen und nachweisbaren Beitrag zum Klimaschutz in der EU leisten. Denn es ist klar, dass Ausgaben der dauerhaften Fiskalkapazität zukunftsfähig sein und an klare Kriterien wie den Klimaschutz, den Schutz öffentlicher Güter, Innovation und Rechtsstaatlichkeit geknüpft werden müssen. Zudem wollen wir den Europäischen Stabilitätsmechanismus sinnvoll reformieren und zu einem Europäischen Währungsfonds im Rahmen der Gemeinschaftsmethode des EU Rechtsrahmens weiterentwickeln.

Gleichzeitig muss die Bankenunion vollendet werden. Hierzu gehört neben einer funktionsfähigen Rückversicherung in angemessener Höhe für den einheitlichen Abwicklungsfonds ein **gemeinsames Einlagensicherungssystem**. Denn nur wenn Einleger auch in einer Krise sicher sein können, dass ein Euro in einer französischen Bank genauso sicher ist wie in einer italienischen, slowakischen oder spanischen Bank kann destabilisierende Kapitalflucht und Bankruns verhindert werden. Wir wollen dieses als Rückversicherungssystem einführen, sodass Sparkassen und Genossenschaftsbanken an ihren bewährten Institutssicherungssystemen festhalten können, diese aber im Falle einer größeren Krise ebenfalls abgesichert sind.

Das Kurzarbeiterprogramm SURE hat in den letzten Monaten einen wichtigen ökonomischen Beitrag zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes in vielen EU-Ländern geleistet. Bereits neun Länder, u.a. Belgien, Polen, Spanien und Italien, können damit Arbeitsplätze während der Corona-Krise sichern. Für SURE nimmt die EU-Kommission zu günstigen Konditionen Kredite am Finanzmarkt auf und reicht sie weiter. Die dafür begebenen SURE-Anleihen wurden zudem stark nachgefragt und vielfach überzeichnet. Das EU-Kurzarbeiterprogramm SURE stellt in der aktuellen Krise einen starken makroökonomischen Stabilisator dar und sollte in Form einer **Europäischen Rückversicherung von nationalen Arbeitslosenversicherungen** verstetigt und dauerhaft eingerichtet werden.

Diese konkreten Schritte können jedoch das grundlegendste Problem des Zusammenhalts der Eurozone noch nicht lösen. Wenn Krisen einzelne Länder der Eurozone besonders hart treffen, kann ihr Verbleib in der Gemeinschaftswährung in Frage gestellt werden. Wenn Solidarität innerhalb der Eurozone für den Zusammenhalt politisch oder ökonomisch notwendig ist, benötigt diese die Zustimmung von 19 nationalen Parlamenten samt Einspruchsmöglichkeiten nationaler Verfassungsgerichte zu jedem gemeinsamen Ausgabenprogramm. Das kann auf Dauer kein ausreichendes Vertrauen stiften. Deshalb muss die EU selbst die notwendigen Entscheidungen für Investitions- und Stabilisierungsprogramme treffen können. Entsprechend unseres Leitbilds einer Föderalen Europäischen Republik wollen wir, dass die EU letztlich ein eigenes, wenn auch in einer föderalen Ordnung begrenztes, Haushalts- und Steuererhebungsrecht unter Kontrolle des Europäischen Parlaments erhält. Dazu gehört allerdings auch, dass einige Mitgliedsstaaten anderen die Solidarität nicht durch Unterlassen von Reformen quasi aufnötigen können. Daher gehört zur Vertiefung europäischer Solidarität auch die Stärkung der Verantwortung der Mitgliedsländer für eine seriöse und zukunftsorientierte Finanzpolitik. Solidarität gehört für uns in Europa zusammen mit der geteilten Verantwortung für das gemeinsame Haus. Für weitere Schritte in diese Richtung werden wir uns im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas einsetzen.

2. Integriert und liquide: Die Kapitalmarktunion stärken und die Ausgabe europäischer safe assets verstetigen

Tiefe und liquide Finanzmärkte sind für die Etablierung des Euros als eine Leitwährung im globalen Währungssystem eine weitere wichtige Voraussetzung. Hier besteht eine deutliche Diskrepanz zwischen der Europäischen Währungsunion und den USA. Der Euro-Raum stellt zwar einen einheitlichen Währungsraum dar. Trotzdem lässt sich noch immer eine Fragmentierung des europäischen Finanzmarktes entlang nationaler Grenzen beobachten. Bei wirtschaftlichen Krisen in einzelnen Regionen der Eurozone konzentrieren sich so auch die Gläubiger in der gleichen Region. Eine stärkere Integration des Kapitalmarkts könnte die Widerstandsfähigkeit der Eurozone gegen Krisen durch eine breitere Verteilung der privaten Lasten stärken.

Im Rahmen der Kapitalmarktunion wollen wir beim Insolvenz-, Steuer- und Gesellschaftsrecht an gezielten Stellen Schritte zur Harmonisierung vornehmen, um einen integrierten Markt für Euro-Vermögenswerte zu schaffen und grenzüberschreitende Investitionen zu fördern. Die Kapitalmarktunion darf darüber hinaus nicht nur für Harmonisierung und Verbreitung von Finanzprodukten stehen, sondern muss, um langfristig erfolgreich zu sein, den Anlegern hohe Standards hinsichtlich Verbraucherschutz und Transparenz bieten. Die europäische Kapitalmarktunion braucht daher eine **starke europäische Kapitalmarktaufsicht** bei der ESMA.

Analog zur europäischen Bankenaufsicht in der EZB muss die ESMA die Marktinfrastrukturen und die großen Akteure am Kapitalmarkt direkt beaufsichtigen, während die kleineren nach dem Subsidiaritätsprinzip in der Verantwortung der nationalen Aufsicht verbleiben können. Nur ein europäischer Kapitalmarkt mit hohen Standards der Transparenz, Integrität und Verbraucherschutz wird sein Potential realisieren können. Die schweren Geldwäscheskandale in der Eurozone haben dem Ruf der Währung und seiner Institutionen Schaden zugefügt. Die Kapitalmarktunion muss daher mit einer unabhängigen und leistungsfähigen EU-Geldwäscheaufsicht sowie einer EU-Finanzpolizei im Rahmen von Europol gestärkt werden. Neue Mitglieder der Eurozone müssen – anders als in der Vergangenheit – erfolgreich gegen Finanzkriminalität vorgehen, bevor sie die Gemeinschaftswährung vollständig übernehmen.

Flankiert werden muss dies durch die **Ausweitung des Angebots an europäischen safe assets**. Aufgrund ihres hohen Ratings können diese als zuverlässige Wertaufbewahrung und Tauschmittel fungieren. Bislang beschränkte sich das Angebot in der Eurozone vor allem auf deutsche Bundesanleihen, gefolgt von Anleihen einiger anderer EWU-Mitgliedsländer mit einem ausreichend hohem Rating und supranationaler Institutionen wie dem ESM. Es macht nur einen Bruchteil der in Dollar denominierten sicheren Vermögenswerte aus. Mit der Finanzierung des Wiederaufbauprogramms über europäische Anleihen wird sich das Angebot an europäischen safe assets in den kommenden Jahren deutlich ausweiten. Diese Entwicklung wollen wir verstetigen, um die Integration der europäischen Finanzmärkte voranzubringen und die Bedeutung des Euro als sichere Anlage- und Reservewährung zu stärken.

3. Grün und zukunftsorientiert: Den Euro als Standardwährung auf Zukunftsmärkten und für nachhaltige Finanzprodukte etablieren

Auch wenn der Euro regional ein wichtiges Zahlungsmittel darstellt, ist der Großteil des internationalen Güterhandels in Dollar fakturiert. Deutlich öfter als in Euro entscheiden sich Exporteure für Abrechnungen in Dollar, auch wenn die USA nicht an der Transaktion beteiligt sind. Ein wesentlicher Grund liegt in der Dollar-Dominanz in bisherigen Schlüsselmärkten wie dem Rohstoffhandel, vor allem dem Erdöl. Wir stehen jedoch vor einem tiefgreifenden Strukturwandel der globalen Weltwirtschaft, damit die internationale Gemeinschaft die Pariser Klimaziele einhalten kann. Diese Chance sollte die Europäische Union nutzen, um den **Euro als internationale Referenzwährung in Zukunftsmärkten** wie dem Markt neuer ökologischer Energieträger wie grünem Wasserstoff voranzubringen.

Darüber hinaus wollen wir die EU-Finanzmärkte zu einer globalen Drehscheibe für das grüne Finanzwesen ausbauen und den **Euro als Standardwährung für nachhaltige Finanzprodukte** etablieren. Mit der EU-Taxonomie, einem System zur Klassifikation von ökologisch nachhaltigen Wirtschaftsaktivitäten, wird derzeit ein wichtiger Grundstein gelegt, um im Bereich der nachhaltigen Finanzierung globale Standards zu setzen. So arbeitet die Europäische Kommission gerade mit der chinesischen Zentralbank an einer „Common Ground Taxonomy“⁴, die von China übernommen werden soll. Zeitgleich schwingt sich die Union durch die Entscheidung, 30 Prozent aller europäischen Anleihen, die im Rahmen des Wiederaufbaufonds emittiert werden, in Form grüner Anleihen herauszugeben, zur weltweit größten

⁴Vgl. https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/business_economy_euro/banking_and_finance/documents/201016-international-platform-sustainable-finance-statement_en_0.pdf

Emittentin auf dem Green-Bond-Markt auf. Die 225 Mrd. Euro, die die EU dort in den nächsten Jahren aufnehmen wird, werden dem Markt mit einem Gesamtvolumen von 660 Mrd. Euro einen enormen Aufschwung verleihen.⁵ Das ermöglicht es der EU ihren Vorsprung auf diesem schnell wachsenden Markt (64 Prozent der grünen Anleihen sind in Euro denominated, 24 Prozent in US-Dollar) weiter auszubauen und dort hohe ökologische Standards zu setzen.

4. Fit für das digitale Zeitalter: Eine moderne und sichere Zahlungsinfrastruktur für Europa schaffen und den E-Euro einführen

Auch die europäische Zahlungsinfrastruktur muss weiterentwickelt und den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts angepasst werden. Die European Payments Initiative – ein Zusammenschluss von europäischen Zahlungsdienstleistern und Banken– ist dazu ein wichtiger Schritt. Mit dem Target Instant Payments Settlement System existiert in Europa bereits eine moderne Infrastruktur für europaweite Zahlungen. Nun ist es Aufgabe der Kreditwirtschaft, die Etablierung einheitlicher Zahlungsverfahren für Verbraucher*innen und Händler*innen im stationären Handel und im E-Commerce voranzutreiben. Das verhilft der EU zu größerer Unabhängigkeit gegenüber marktbeherrschenden US-Unternehmen wie VISA und MasterCard und fördert den Wettbewerb.

Parallel dazu gilt es die weiteren Entwicklungen im Bereich digitaler Zahlungsdienstleistungen im Auge zu behalten und europäische Antworten zu finden. Auch bedingt durch die Corona-Pandemie verlagern sich Zahlungen zunehmend auf digitale Instrumente. Mit Facebook und seinem Projekt der Einführung eines digitalen Stablecoins auf der einen und der chinesischen Zentralbank, die bereits erste lokale Tests ihrer digitalen Zentralbankwährung durchführt auf der anderen Seite, schicken sich zwei sehr unterschiedliche Akteure an, das Bedürfnis von Kund*innen nach schnellen und bequemen Zahlungsmöglichkeiten im Netz zu befriedigen. Hier darf sich die EU nicht abhängen lassen. Wir müssen einen dritten Weg zwischen dem Datenkapitalismus des Silicon Valleys und dem chinesischen Staatskapitalismus beschreiten.

Neue digitale Zahlungsmodelle wollen wir streng regulieren, damit die hohen europäischen Ansprüche in Sachen Transparenz, Daten-, Verbraucher- und Klimaschutz sowie Geldwäscheprävention gewahrt bleiben. Konzernwährungen wie Facebooks Diem könnten aufgrund der Marktmacht der Tech-Giganten schnell eine Reichweite erlangen, die die Stabilität des Finanzsystems bedroht. Denn sie bieten weder einen Einlagenschutz noch steht eine Zentralbank bereit, die bei Panik stabilisierend eingreift. Private Währungen sollten im Euro-Raum deshalb nicht zugelassen werden. Stattdessen müssen wir an der **Einführung eines digitalen Euros** arbeiten, der analoges Bargeld nicht ersetzt, sondern sinnvoll ergänzt. Für den Zahlungsverkehr könnten Bürger*innen einen sicheren und kostengünstigen direkten Zugang zum E-Euro der Zentralbank erhalten. Der E-Euro kann vielen Menschen im Alltag als einfaches, sicheres und bequemes Zahlungsmittel dienen und vor umfassender Überwachung auch bei Zahlungen im Netz schützen. Dafür muss der E-Euro auf einer staatlich abgesicherten Infrastruktur basieren, die europäische Standards bei Datenschutz und Finanzmarktregulierung gewährleistet.

⁵Vgl. <https://e-fundresearch.com/newscenter/195-bantleon/artikel/39102-eu-green-bonds-neuer-gigant-am-green-bond-markt>

Der Euro als Leitwährung in einem global kooperativen Währungssystem

Das Ziel der skizzierten Reformen ist nicht, dass der Euro den Dollar als globale Leitwährung ablöst. Vielmehr ist die Weiterentwicklung des Euro in Richtung Leitwährung ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer kooperativen globalen Währungsordnung, an dem auch der globale Süden teilhaben muss. Mehr Diversifizierung und Wahlmöglichkeiten bei den internationalen Reserve- und Handelswährungen kann hier ein Schritt zu dieser kooperativen globalen Währungsordnung sein.

Bei all den Chancen, die sich aus der Stärkung der internationalen Rolle des Euro ergeben, darf man nicht die Augen davor verschließen, dass die Rolle als Leitwährung auch wichtige Macht- und Verantwortungsfragen mit sich bringt. Geld- und wirtschaftspolitische Entscheidungen im Euroraum haben dann verstärkt Auswirkungen in anderen Teilen der Welt. Zins- und Wechselkursänderungen treffen andere unter Umständen härter als Europa selbst.

Zu Recht steht der Franc CFA, die Währung der ehemals französischen Kolonien in Afrika, seit Jahrzehnten in der Kritik. Die Bestrebungen, den von Frankreich unabhängigen Eco einzuführen, gehen nur einen Teil der Problematik an. So entfiere zwar die Pflicht, Teile ihrer Währungsreserven bei der französischen Nationalbank zu deponieren. Die feste Koppelung der Währung, die die zentral- und westafrikanischen Mitgliedsländer der Möglichkeit einer autonomen Geldpolitik nimmt, bliebe jedoch bestehen. Die Vorteile der eigenständigen Geldpolitik müssen sorgfältig mit den Risiken schlechter Regierungsführung in diesem Bereich abgewogen werden.

Vor Problemen stehen auch Staaten, deren Privatwirtschaft stark auf internationale Kapitalmarktfinanzierung angewiesen ist und in denen eine Fremdwährung die Oberhand gewinnt. Die überzogene Nutzung von carry trades kann besonders in lang anhaltenden Niedrigzinsphasen zu einem Risiko für die Stabilität des internationalen Finanzsystems werden. Die Möglichkeit des Staates, seine eigene Währung zu schöpfen, ist eingeschränkt und reduziert dessen wirtschaftspolitische Handlungsfähigkeit. Erhöht sich der Zins im Heimatland der Leitwährung, sehen sie sich zudem oftmals mit Kapitalabflüssen und Währungsabwertungen konfrontiert. Besonders dramatisch wirkt sich dies auf die oft überschuldeten Staaten des globalen Südens aus, da der Wert ihrer Schulden steigt - und damit mittelfristig auch ihr Schuldendienst. Eine nachhaltige Entschuldung auf Grundlage eines rechtlich sauberen und global gültigen Systems zum Umgang mit überschuldeten Staaten stellt einen ersten Schritt dar, um Asymmetrien im globalen Finanz- und Währungssystem abzubauen.

Eine herausgehobene Stellung im internationalen Finanz- und Währungssystem geht also nicht nur mit Privilegien, sondern auch mit einem Zuwachs an politischer Verantwortung einher. Das gilt vor allem für Krisenzeiten, in denen die Nachfrage nach einer sicheren und liquiden Leitwährung abrupt ansteigen kann. Der Zentralbank kommt in diesen Situationen die Verantwortung zu, das internationale Finanzsystem mit Liquidität zu versorgen, um es vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Über kurzfristige Kreditlinien, sog. Swap-Lines, stellt sie Notenbanken von Dritt-Ländern Zentralbankgeld zur Verfügung, in denen die Leitwährung im Privat-Sektor weit verbreitet ist. Das ist unerlässlich, um sicherzustellen, dass Banken, die in einer Fremdwährung operieren, auch in Zeiten von Marktstress Zugang zu Liquidität behalten können.

Unser Ziel ist daher nicht eine Verschärfung des Währungswettbewerbs, sondern ein europäischer Beitrag zu einem multipolaren, kooperativen Weltwährungssystem. Dazu ist die Stärkung der makroökonomischen Zusammenarbeit im Rahmen von G-20 wie auch der Zentralbanken im Rahmen der

Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) sinnvoll. Beide Institutionen verdienen dabei mehr demokratische Öffentlichkeit, Transparenz und Kontrolle durch die Parlamente.

Nur wenige bekamen wohl mit, dass die US-amerikanische Notenbank das Weltfinanzsystem bei Ausbruch der Corona-Krise vor dem Zusammenbruch bewahrt hatte. Als sich Pandemie-Panik auf den Finanzmärkten breit machte, gewährte sie anderen Zentralbanken schnelle Dollar Kredite und erfüllte - wie schon in anderen Krisen zuvor - ihre Rolle als globaler „lender of last resort“.⁶ Ob dies in einer sich wandelnden Welt stets der Fall sein wird, ist jedoch ungewiss. Dramatische Ereignisse wie die Finanz- oder Corona-Krise zeigen, dass es Sinn macht Verantwortung auf mehrere Schultern zu verteilen um unser globales Finanzsystem gerechter und sicherer zu machen. Auch für Transparenz und eine souveräne europäische Geldpolitik ist dies auf lange Sicht unausweichlich.

Das europäische Versprechen einlösen

Die EU ist eine Werteunion. Sie ist Freiheits-, Friedens- und Wohlstandsprojekt. In diesem Geiste soll die Europäische Union Standards setzen können, um die sozial-ökologische Transformation voranzubringen, Menschenrechte zu schützen und die multilaterale Weltordnung zu festigen, Innovationen und Wertschöpfung zu fördern und zugleich in der noch weitestgehend unregulierten digitalen Welt die Rechte von Bürger*innen- und Verbraucher*innen zu schützen. Die Weiterentwicklung des Euros hin zu einer globalen Leitwährung ist zentrales Projekt, um dieses europäische Versprechen einzulösen.

Lisa Paus MdB, BT-Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Sprecherin für Finanzpolitik

Franziska Brantner MdB, BT-Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Sprecherin für Europapolitik

Sven-Christian Kindler MdB, BT-Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Sprecher für Haushaltspolitik

Sven Giegold, MdEP, Grüne/EFA Fraktion im EU-Parlament, Sprecher Europagruppe Grüne

⁶ Vgl.: <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/fed-corona-dollar-1.5184052>